Schlussbericht zum Projekt Bildung integriert..Wiesbaden

Förderkennzeichen: 01JL1684,
Förderzeitraum: 2016 - 2021

WIESBADEN

Impressum

Autorinnen
Ingeborg Groebel
Theresa Nagy

Herausgeber
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Sozialleistungs- und Jobcenter
und
Amt für Soziale Arbeit

Abteilung Grundsatz und Planung
Bildungsbüro Wiesbaden
Konradinerallee 11 | 65189 Wiesbaden
Tel.: 0611 31-3597 | Fax: 0611 31-3951
E-Mail: sozialplanung@wiesbaden.de

Druck Druck-Center der Landeshauptstadt Wiesbaden
Titelfoto freepik.com

Download http://www.wiesbaden.de/sozialplanung

August 2022

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Ziel der Europäischen Union ist es, dass alle Menschen eine berufliche Perspektive erhalten. Der Europäische Sozialfonds (ESF) verbessert die Beschäftigungschancen, unterstützt die Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung und trägt zum Abbau von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt bei.
Mehr zum ESF unter: www.esf.de.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung
ESF Europäischer Sozialfonds für Deutschland
Europäische Union
Zusammen. Zukunft. Gestalten.

WIESBADEN
Sozialleistungs- und Jobcenter

WIESBADEN
Amt für Soziale Arbeit

Rückblick und Ausblick

Wiesbadens Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende und die Stadträte Axel Imholz (Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur) und Christoph Manjura (Dezernat für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration) im Interview zum Projekt Bildung integriert..Wiesbaden.

Fünf Jahre Bildung integriert…Wiesbaden – wie blicken Sie als Oberbürgermeister auf das Vorhaben und die gemeinsame Arbeit daran zurück?

Oberbürgermeister Mende

Das Thema Bildung hat eine zentrale Bedeutung für möglichst gleichwertige Lebens- und Teilhabechancen in dieser Stadt. Entsprechend hatte das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden stets die Unterstützung durch meinen Vorgänger im Amt als auch – seit meinem Amtsantritt im Juli 2019 – durch mich.

Tatsächlich ist es mir ein großes Anliegen, gute Bildung für alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen, ob groß, ob klein, und ungeachtet der jeweils zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen des und der Einzelnen oder der Familie.

Der Anspruch, als Kommune auch für Bildungsfragen zuständig zu sein, erscheint in der heutigen Zeit geradezu als Selbstverständlichkeit. Ist dem so?

Oberbürgermeister Mende

Bildung als wichtiges Feld der kommunalen Daseinsvorsorge zu begreifen ist eine relativ neue Entwicklung, deren Beginn gekennzeichnet ist durch den Kongress „Bildung in der Stadt“ im Jahr 2007 in Aachen. In der abschließenden *Aachener Erklärung* wird die zentrale Rolle der Kommune in einem reformierten Bildungssystem betont und damit die kommunale Mitverantwortung für mehr Bildungsgerechtigkeit und -qualität in unserem Land. Diesem Ziel fühlt sich die Stadt Wiesbaden verpflichtet.

Herr Imholz, Herr Manjura, für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements wurde Wiesbaden von 2016 bis 2021 aus einem Bundesprogramm gefördert. Die Bewerbung war eine Gemeinschaftsleistung Ihrer beiden Dezernate, und auch die Durchführung oblag Ihnen gemeinsam. Können Sie uns zu dem Programm und seiner Zielsetzung noch etwas sagen?

Stadtrat Manjura

Grundlegendes Ziel von Bildung integriert..Wiesbaden ist die Verbesserung der Bildungsteilhabe der Bevölkerung in Wiesbaden durch Bereitstellung passgenauer Bildungsangebote für jedes Lebensalter.

Mit „passgenau“ ist der Anspruch umschrieben, die Angebote möglichst zielgruppenadäquat und inklusiv anzulegen.

Ein Erfolgsfaktor der Wiesbadener Bewerbung war die Definition von vielen Einzelprojekten, anhand derer der Anspruch einer verbesserten Bildungsteilhabe umgesetzt werden sollte. Eine große Anzahl unterschiedlicher institutioneller und ziviler Akteure haben an den insgesamt 20 Einzelprojekten mitgewirkt – für dieses Engagement der lokalen Bildungslandschaft sind wir sehr dankbar.

Stadtrat Imholz

Im Magistrat vertrete ich u. a. die Bereiche Schulbau und Schulentwicklungsplanung. Auf der Arbeitsebene wurden diese Belange über den Fachreferenten für Schulentwicklungsplanung in das Projekt Bi..W „eingespeist“; derselbe Kollege hat dann auch in denjenigen Teilprojekten mitgearbeitet, die den Bereich der formalen Bildung von Kindern und Jugendlichen ab sechs Jahren aufwärts betreffen. Über diesen Mitarbeiter sowie als Mitglied der Lenkungsgruppe Bi..W war ich stets im Bilde über die Arbeit und die Fortschritte des Projekts.

Welche Aufgabe hatte die Lenkungsgruppe und wird es sie auch weiterhin geben?

Stadtrat Imholz: Ursprünglich zur Steuerung der Teilprojekte von Bi..W eingerichtet, begreift sich die Lenkungsgruppe seit April 2018 als Plattform für Schlüsselakteure der formalen Bildung, insbesondere Schule. Die gute und enge Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt ist uns wichtig, denn Stadt und Land stehen gemeinsam für eine gute Entwicklung unserer Schullandschaft. Die Beteiligten beider Seiten waren sich einig, dass es dieses Gremium auch weiterhin braucht. Es heißt nun *Lenkungsgruppe Kultus-Kommune Bildung der Zukunft* und bezieht sich dabei auf das gemeinschaftlich erarbeitete Leitbild, das im Sommer 2021 verabschiedet wurde.

Das Bundesprogramm war auf fünf Jahre befristet, die Förderung endete am 30. Juni 2021. Lieber Oberbürgermeister, wie geht es mit dem kommunalen Bildungsmanagement in Wiesbaden weiter?

Oberbürgermeister Mende: Zuerst einmal möchte ich an dieser Stelle dem Bundesbildungsministerium ausdrücklich danken für die erfahrene Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit.
Zentrale Elemente von *Bildung integriert..Wiesbaden* möchten wir mit in die Zukunft nehmen, in erster Linie das Bildungsberichtswesen sowie die weitere Stärkung der Bildungslandschaft. Die aufgebauten Strukturen, Prozesse und Vernetzungsangebote sollen fortgeführt werden, so die Lenkungsgruppe, die Themenreihe und das Leitbild. Auch in Zukunft wird das städtische Bildungsbüro hierbei eine zentrale Rolle übernehmen.
All dies ist gut und wichtig. Das Wichtigste jedoch in meinen Augen ist das Vertrauen, das im Förderzeitraum zwischen uns entstehen und wachsen konnte. Aus meiner Sicht liegt hier das entscheidende Verdienst dieses Programms, und dafür danke ich allen Beteiligten!

Zu guter Letzt: Welches ist Ihr liebstes Teilprojekt aus Bildung integriert..Wiesbaden?

Stadtrat Imholz: Das Bildungsmonitoring und der Bericht zur Bildungsteilhabe in Wiesbaden.

Stadtrat Manjura: Das Teilprojekt „Bildung und Inklusion am Nachmittag“.

Oberbürgermeister Mende: Das Leitbild „Bildung der Zukunft“.

©Fotostudio Aschenbach

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden

©Dezernat III

Axel Imholz
Dezernent für Finanzen, Schule und Kultur

©Fotostudio Aschenbach

Christoph Manjura
Dezernent für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration

Wiesbaden, im Juni 2022
(Die Fragen stellte Ingeborg Groebel, Bildungsbüro Wiesbaden)

Inhaltsverzeichnis

Rückblick und Ausblick 1
Inhaltsverzeichnis 3
1 Kurze Darstellung des Projekts Bildung integriert..Wiesbaden 5
1.1 Aufgabenstellung 5
1.2 Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde 5
1.3 Planung und Ablauf des Vorhabens 8
1.4 Wissenschaftlicher und technischer Stand 9
1.5 Zusammenarbeit mit anderen Stellen 10
2 Eingehende Darstellung des Projekts „Bildung integriert..Wiesbaden“ 11
2.1 Beschreibung der Ergebnisse im Einzelnen 11
2.1.1 Teilprojekte aus Säule I: Ziele und Ergebnisse 12
2.1.2 Ziele und Ergebnisse der Teilprojekte aus Säule II 17
2.1.3 Ziele und Ergebnisse der Teilprojekte aus Säule III 20
2.2 Zielerreichung und Nachhaltigkeit 25
2.3 Veröffentlichungen während Bildung integriert..Wiesbaden 28
Anhang 29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Mit Bildung befasste Akteur*innen in der Stadtverwaltung Wiesbaden 7
Abbildung 2: Leitsätze des Leitbilds "Bildung der Zukunft" 13
Abbildung 3: Altersgruppendifferenzierte Darstellung wesentlicher Bildungsorte..... 21
Abbildung 4: Die Wiesbadener Vereinbarung..... 22

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Projektstruktur von Bi..W 11
Tabelle 2: Übersicht über Themen und Referent*innen von „Bildung schafft Zukunft“ 29
Tabelle 3: Kooperationsvereinbarungen und verbindliche Kooperationsstrukturen im lokalen Bildungsmanagement Wiesbaden..... 30

1 Kurze Darstellung des Projekts Bildung integriert..Wiesbaden

Fünf Jahre lang, von 2016 bis 2021, nahm Wiesbaden am Bundesprogramm „Bildung integriert“ teil und nutzte die damit einhergehende Förderung zum Aufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements. Hierfür wurden bestehende Ansätze intensiviert und zusammengeführt. Ziel des Programms war es, die Bildungsteilhabe aller Bürgerinnen und Bürger durch passende Angebote zu verbessern.

1.1 Aufgabenstellung

Das Projekt „Bildung integriert..Wiesbaden“ (Förderkennzeichen 01JL1684) startete am 1. Juli 2016 mit einer dreijährigen Laufzeit. Entsprechend der Förderrichtlinien für das Programm „Bildung integriert“ des Bundesbildungsministeriums vom 27. Januar 2015 war das Ziel des Projekts der Auf- bzw. Ausbau des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements in enger Kooperation mit Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Im Fokus:

- die Identifikation und der Abbau von Bildungsbarrieren, insbesondere in Bildungsübergängen
- die Erhöhung der Bildungsteilhabe durch die Bereitstellung von passgenauen Angeboten für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, unabhängig ihres Alters und ihrer sozialen Stellung

1.2 Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine wachsende Stadt im Ballungsraum Rhein-Main mit aktuell 295 Tausend Einwohner*innen. Mit zurzeit knapp 190 Kitas, 40 Grundschulen, 22 weiterführenden Schulen, sieben Förder- und fünf beruflichen Schulen stellt sie den hier lebenden Familien ein sehr ausdifferenziertes Angebot an Bildung für Kinder und Jugendliche zur Verfügung. Besonderheiten: Landeshauptstadt, kreisfreie Stadt, Optionskommune mit kommunalem Jobcenter. Im Einzelnen ist die Ausgangslage zu Projektbeginn gekennzeichnet durch folgende Faktoren:

- Als wissensintensiver Dienstleistungsstandort werden in Wiesbaden überwiegend gut ausgebildete Arbeitskräfte nachgefragt.
- Dabei lässt sich für Wiesbaden eine vergleichsweise große Spreizung von Bildungsabschlüssen, Einkommen und Teilhabechancen konstatieren.
- Die Kinderarmutsquote, gemessen am Bezug von Leistungen nach SGB II und SGB XII, liegt bei 24 Prozent für die 6- bis unter 10-Jährigen sowie bei 21,9 Prozent für die 10- bis unter 16-Jährigen.
- Trotz guter Wirtschaftsstruktur für die Rhein-Main-Region ist Wiesbaden durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit (7,6 Prozent) und niedrige Bildung sowie prekäre Lebenssituation der Arbeitslosen (> 75 Prozent im SGB II, dort ca. 67 Prozent ohne Berufsausbildung) gekennzeichnet; mit knapp

4.000 weist es zudem eine relativ hohe Zahl von nicht existenzgesicherten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten („working poor“) auf.

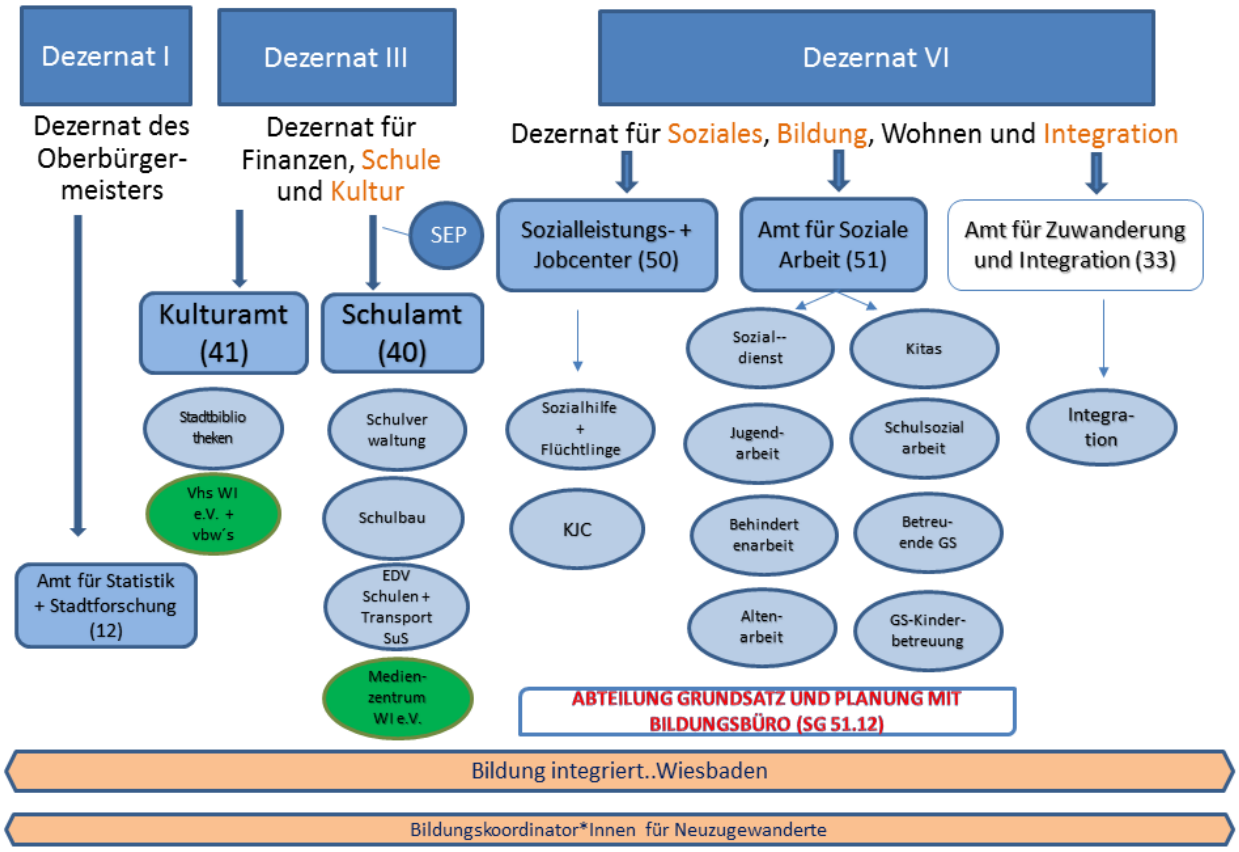
- Als attraktiver Arbeits- und Wohnstandort wird Wiesbaden bis 2030 eine steigende Bevölkerungszahl prognostiziert, insbesondere durch Zuwanderung aus dem Ausland.
- Vor dem Hintergrund der Entwicklungen von Neuzuwanderung und der Flüchtlingsthematik war für Wiesbaden von wachsenden Herausforderungen in der Beschäftigungs- und Bildungslandschaft auszugehen.

Vorhandene kommunale Ansätze im Bereich Bildung

- Das z. T. unverbundene Handeln verschiedener Verwaltungseinheiten wurde verstärkt als Hemmschuh auf dem Weg zu einer zielgerichteten kommunalen Bildungsstrategie und ihrer Umsetzung empfunden. Kommunale Aufgaben für Schule und Bildung waren entsprechend der gesetzlichen Zuständigkeiten – insbesondere Kinder- und Jugendhilfegesetz SGB VIII und hessisches Schulgesetz – im Amt für Soziale Arbeit/Sozialdezernat einerseits und im Dezernat für Schule, Kultur und Integration andererseits verortet. Dem zuletzt genannten waren Schulverwaltungsamt, Kulturamt mit Stadtbibliothek, Büro für kommunale Bildungsprojekte sowie die Volkshochschule mitsamt den Volksbildungswerken einzelner Stadtteile zugeordnet. Relevant für kommunale Bildungsprozesse sind ferner das Amt für Zuwanderung und Integration (in 2016 dem gleichen Dezernat zugeordnet wie das Schulamt) sowie das Sozialleistungs- und Jobcenter (damals noch Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge) mit der Zuständigkeit auch für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.
- Entwickelte Strukturen und Angebote zur Förderung von Erziehung und Bildung durch Etablierung von Bildungs- und Förderketten, insbesondere für Herkunftsbenachteiligte (zielgruppenorientierte Elternbildung, Kinder-Eltern-Zentren, verbindliche Fachstandards – z. B. zur Herkunftsbenachteiligung, Inklusion oder Sprachförderung in allen Kitas –), systematische Übergangsgestaltung Kita-Grundschule, Betreuende Grundschulen in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen, Schulsozialarbeit mit einem verbindlichen Kompetenz-Entwicklungs-Programm an allen zum Hauptschulabschluss führenden Schulen, Jugendberufshilfe mit sozialpädagogisch begleiteter Berufsausbildung.
- Mit der Modellregion Inklusive Bildung, dem Netzwerk Hochbegabtenförderung und dem Bündnis für Alphabetisierung waren weitere Bildungsangebote verankert.
- Der Grundstein eines kommunalen Bildungsmonitorings wurde 2005 mit dem Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung gelegt, Konzentration bisher vorwiegend auf Daten der Kommunalstatistik zum Kita- und Schulbesuch sowie Schulabschlüsse. Darüber hinaus fachliche Monitorings und Geschäftsberichte in den einzelnen Bereichen der Jugend- und Sozialverwaltung.

- In weiten Teilen nur lose verknüpfte Strategien, Geschäftsprozesse und Projekte der Jugend- und Sozialverwaltung mit den dazugehörigen Netzwerken einerseits und des kommunalen Schuldezernates mit den entsprechenden Netzwerken andererseits.
- In der Kommune als Bildungsort und Bildungsträger nimmt die kommunale Verwaltung eine Sonderposition ein: einerseits ist sie direkte Produzentin von Bildungsdienstleistungen, andererseits Auftraggeberin und verantwortlich für die Steuerung von Bildungsdienstleistungen Dritter sowie mit der staatlichen Schuladministration eng verbundene Koproduzentin. Ferner ist die Kommune die natürliche Ansprechpartnerin der Bevölkerung als Nachfragende von Bildungsdienstleistungen. Die kommunalen Akteur*innen sind wie alle anderen Beteiligten eingebunden in ein vielfältiges produktives Netzwerk der lokalen Bildungslandschaft. Aus diesem Grund sind die Koordination und Pflege von Netzwerken wesentliche Aufgaben der Kommunalverwaltung. Effizienz und zielgerichteter Ressourceneinsatz verlangen vor dem Hintergrund dieser Vielfalt kontinuierliche Abstimmungsprozesse mit den externen Akteur*innen, aber natürlich auch innerhalb der Kommunalverwaltung. Dies gilt auch für die Stadt Wiesbaden.

Abbildung 1: Mit Bildung befasste Akteur*innen in der Stadtverwaltung Wiesbaden



1.3 Planung und Ablauf des Vorhabens

Die Bewerbung um Förderung im Rahmen von Bildung integriert wurde 2016 durch Mitarbeitende des Schuldezernats und des Sozial- und Bildungsdezernats verantwortet.[1] Den Entscheidungsträger*innen in den entsprechenden Fachbereichen war bewusst, dass der Kommune bei Aufnahme ins Programm zusätzliche (Personal)Ressourcen sowie Beratung und Begleitung (Transferinitiative) zur Verfügung stehen würden. Beides wollte man nutzen, um die verstreuten Zuständigkeiten der Kommunalverwaltung sowie externe Bildungsakteur*innen (staatliche, institutionelle sowie aus der Zivilgesellschaft) auf ein gemeinsames Ziel hin auszurichten, um solchermaßen dem erklärten Ziel – Erhöhung der Bildungsteilhabe aller Wiesbadener*innen – näherzukommen. Mit einer zugleich kritischen wie auch konstruktiven Bestandsaufnahme der bisherigen (Zusammen)-Arbeit der beiden Fachbereiche (Schule/Kultur/Integration hier, Soziales dort) und der Verständigung auf eine gemeinsame Zielsetzung wurde der Grundstein für die erfolgreiche Bewerbung gelegt.

Die LH Wiesbaden verteilte die beiden Vollzeitäquivalente (VZÄ) auf drei Personen: eine Mitarbeiterin des städtischen Bildungsbüros und zwei Beschäftigte der Abteilung Grundsatz und Planung im Amt für Soziale Arbeit (Sozialplanung) mit 30 und sechs Wochenstunden (entsprechend der Richtlinie waren vorhabenbezogene Neueinstellungen nicht zwingend erforderlich, jedoch eine Anpassung der jeweiligen Aufgabenbeschreibungen an die geförderte Tätigkeit). In der Umsetzung des Projekts gab es bei den beteiligten Personen gewisse Schwerpunktsetzungen, jedoch keine reine Aufteilung in Bildungsmonitoring- und Bildungsmanagementaufgaben.

Diese drei Kolleg*innen bildeten den Kern des Projektbüros, das mit Durchführung und Steuerung des Gesamtprojekts betraut war. Mit dem Projektbüro stand auf operativer Ebene eine Kooperationsstruktur zur Verfügung, die dezernats- und ämterübergreifend Kolleginnen und Kollegen aus Sozial-, Jugendhilfe- sowie Schulentwicklungsplanung sowie aus dem Büro für Kommunale Bildungsprojekte umfasste. Bei den durch das Programm geförderten Personen wurde auf die Trennung zwischen Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring verzichtet – vielmehr wurden im Kernteam des Projektbüros gemeinsam Teilprojekte angestoßen, begleitet, evaluiert und mit dem operativen Geschäft der Abteilungen und Ämter verzahnt. Neben dem Projektbüro wurden zudem ein Fachbeirat und eine Lenkungsgruppe mit erweitertem Teilnehmendenkreis etabliert.

Im Frühjahr 2019 bemühte sich die Landeshauptstadt Wiesbaden erfolgreich um „Aufstockung“ der Fördermittel um weitere zwei Jahre (Förderbescheid des Projektträgers Deutsche Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR-PT) im Auftrag des Bundesbildungsministeriums vom 17. Juni 2019).

[1] Der Zuwendungsbescheid des BMBF mit dem Förderkennzeichen 01JL1684 ist datiert vom 30. Juni 2016.

Im Laufe des Förderzeitraums kam es – aufgrund Stellenwechsels, Eintritt in den Ruhestand o. ä. – zu insgesamt drei Personalwechseln. Auf die grundsätzliche Aufteilung hatte dies keinen Einfluss. Jedoch hatten Entwicklungen auf politischer Ebene Auswirkungen auf das Projektgefüge: Im Frühjahr 2017 entschieden die Mehrheitsfraktionen im Wiesbadener Rathaus (die Mehrheitsbildung nach den hessischen Kommunalwahlen hatte ein Jahr in Anspruch genommen), das Sozialdezernat um die Zuständigkeit für Bildung zu erweitern. Hierfür wurden einzelne Einheiten aus dem Dezernat für Schule, Kultur und Integration herausgelöst und dem Sozialdezernat zugeordnet: Integrationsamt, Abt. Grundschulkinderbetreuung/Ganztägige Angebote sowie das Büro für Kommunale Bildungsprojekte. Beim Schuldezernat verblieb die Zuständigkeit für das Schulverwaltungsamt (einschl. Schulbau) sowie die Schulentwicklungsplanung. Damit erfuhr die in der Projektarchitektur mit Bedacht geschaffene Balance zwischen Schuldezernat und Sozialdezernat zumindest auf organisationstechnischer Ebene eine gewisse Unwucht. Dieser wurde mit umso engerer Einbindung des Schuldezernats in die Bi..W-Gremien erfolgreich entgegengewirkt, so dass die Durchführung und der erfolgreiche Abschluss des Projekts in gemeinsamer Verantwortung der beiden Fachbereiche erfolgte.

Aufgrund bereits eingeführter Statistikprogramme (vor allem SPSS) verzichtete die Landeshauptstadt Wiesbaden auf den Erwerb des Statistik-Programms KomBi; die finanzielle Förderung bestand damit aus der hälftigen Kostenübernahme zweier Vollzeitäquivalente für die Etablierung/Weiterentwicklung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM) sowie von innerdeutschen Dienstreisen im Kontext des Vorhabens.

1.4 Wissenschaftlicher und technischer Stand

Folgende zentrale Ausgangsbefunde aus Wissenschaft und Sozialplanung bestimmten die Ausrichtung von Bildung integriert in Wiesbaden:

- die Bildungsungleichheit in Deutschland, die im internationalen Vergleich besonders hoch ist, und deren starke Abhängigkeit vom Elternhaus, erfordert gezieltes kommunales Handeln;
- aufgrund der Bedeutung der Bildungsübergänge für die Entstehung und Verfestigung von Bildungsungleichheiten müssen diese besonders in den Blick genommen werden, wenn die Kommune Ungleichheiten im Bildungsbereich bearbeiten will;
- Bildung ist eine (weitere) wichtige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge;
- die Kommune hat die Aufgabe, die Akteure der kommunalen Bildungslandschaft zusammen zu führen und eine koordinierende Rolle zu übernehmen, um eine gelingende Verantwortungsgemeinschaft herzustellen;

- regelmäßiges Monitoring der Bildungsteilhabe und -beteiligung ist eine wichtige Grundlage für die verschiedenen Akteur*innen der Bildungslandschaft, die die Kommune bereitstellen sollte;
- die Vernetzung der Bildungsakteur*innen nach Lebens- und Bildungsphasen verspricht bessere Ergebnisse als rein auf einzelne Institutionen bezogene Handlungsansätze; hierbei sind alle Lebens- und Lernphasen im Lebensverlauf in den Blick zu nehmen.

1.5 Zusammenarbeit mit anderen Stellen

- Mehr oder minder zeitlich parallel zum Projekt Bildung integriert..Wiesbaden wurde beim Amt für Zuwanderung und Integration bereits das ebenfalls vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte **Projekt *Kommunale Koordinierung von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte*** eingerichtet – durch einen im 6-Wochenturnus stattfindenden Jour fixe war der regelmäßige Austausch zwischen beiden Projekten gewährleistet.
- Im Rahmen der Förderung hat sich die Stadt Wiesbaden vielfältig in den durch die **Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement** organisierten interkommunalen Austausch eingebracht sowie von diesem profitiert. Als Stadt mit knapp 300 Tausend Einwohnenden erfolgte der Austausch in erster Linie über die Transferagentur für Großstädte (TAG). Mit der TAG wurden insgesamt drei Zielvereinbarungen abgeschlossen, so dass über den gesamten Förderzeitraum von Bi..W hinweg Fortbildungsmodule, Jahrestagungen, Entwicklungs-Workshops, Kommunales Netzwerk und Beratungsleistungen der TAG in Anspruch genommen werden konnten. Von allen oben genannten Angeboten machte Wiesbaden regen Gebrauch, hinzu kam die Ausrichtung eines Großstadtnetzwerkstreffens in Wiesbaden im September 2019 sowie die Durchführung von Workshops und Bildungskonferenzen für die Wiesbadener Bildungsakteur*innen, von Kolleg*innen der TAG tatkräftig unterstützt.
- Neben der intensiven Nutzung der Angebote der TAG unterhielten wir auch gute Kooperationsbeziehungen zur TA Hessen (Büro inbas in Offenbach/Main), insbesondere bei durch inbas ausgerichteten Fachtagen und Seminaren, viele davon mit Input aus Wiesbaden.
- Für beide Transferagenturen gilt, dass häufig nicht allein die Mitglieder des Bi..W-Projektbüros an den Angeboten partizipierten, sondern auch weitere Kolleg*innen der Wiesbadener Sozialplanung, je nach Thema.

2 Eingehende Darstellung des Projekts „Bildung integriert..Wiesbaden“

Das Vorhaben Bildung integriert hat in der Landeshauptstadt den Rahmen für eine Vielzahl von Projekten gebildet, die sich zum Ziel gesetzt hatten, die Bildungsteilhabe der Wiesbadener Bevölkerung zu verbessern, indem Steuerungsprozesse optimiert und Bildungsketten implementiert werden. Das zum Teil schon bestehende Bildungsmonitoring sollte umfassend weiterentwickelt werden und die Grundlage des Bildungsmanagements bilden.

2.1 Beschreibung der Ergebnisse im Einzelnen

Bildung integriert..Wiesbaden (Bi..W) wurde durch drei Projektsäulen strukturiert, mit anfänglich 15 Teilprojekten[2].

Tabelle 1: Projektstruktur von Bi..W

Säule I	Säule II	Säule III
Stärkere Integration von Betrachtungs- und Arbeitsweisen der wesentlichen institutionellen Akteur*innen	Sicherstellung und Fortentwicklung eines kontinuierlichen, integrierten und umfassenden Bildungsmonitorings	Konzeptualisierung von Bildungsketten/Gestaltung von Übergängen
Kooperation mit Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte und Geflüchtete Kooperation mit der Transferagentur für Großstädte und der Transferagentur für Hessen		

Die Arbeit an Bildung integriert..Wiesbaden wurde in drei thematische Säulen untergliedert, deren Ziele, Teilprojekte und Ergebnisse im Folgenden näher erläutert werden.

[2] Im Projektverlauf kamen – durch aktuelle Entwicklungen indiziert – weitere hinzu, so dass Bildung integriert..Wiesbaden schließlich 20 Teilprojekte umfasste.

2.1.1 Teilprojekte aus Säule I: Ziele und Ergebnisse

SÄULE I: Stärkere Integration von Betrachtungs- und Arbeitsweisen der wesentlichen institutionellen Akteure	
TP 1	Bildungslandkarte
TP 2	Bildungsleitbild
TP 3	Abstimmung und Entwicklung gemeinsamer Verfahren + Standards zwischen Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung
TP 4	Adressatengerechte Gestaltung von Informationen zur Inklusiven Bildung
TP 5	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für Inklusive Bildung
TP 6	Vortragsreihe „Bildung schafft Zukunft“
TP 7	Bildung und Stadtentwicklung

Die Teilprojekte, die sich der ersten Säule zuordnen lassen, hatten es sich zum Ziel gemacht, Betrachtungs- und Arbeitsweisen der wesentlichen institutionellen Akteur*innen stärker zu integrieren und damit einerseits ein geteiltes Verständnis von Bildung allgemein und andererseits eine gemeinsame Arbeitsgrundlage für kommunale Bildungsprozesse zu schaffen.

Neues ausprobieren, andere Leute kennen lernen und Spaß haben: Freizeit- und Bildungsangebote finden junge Menschen bis 27 in Wiesbaden jetzt unter www.wiesbaden.de/myfreetime. Das ehemalige **Teilprojekt „Bildungslandkarte“ (TP I-1)** wurde in den Prototyp **my free time** auf wiesbaden.de überführt, der Bedarf und Nutzungsbedürfnisse testen soll.
Die Übersicht richtet sich neben Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch an Erziehungsberechtigte und Fachkräfte, die junge Menschen dabei unterstützen, ihre Freizeit nach ihren Interessen und Talenten zu gestalten.
In übersichtlichen Rubriken zu Themen (wie „Kunst, Kreativität“, „Sport“ oder „Natur, Tier, Umwelt“), Stadtteilen oder Terminen sowie sortiert nach Alter und von A bis Z kann jedes Kind und jede*r Jugendliche das für sich passende Angebot finden. Aufgrund fehlender Ressourcen wurde dies anhand einer Vielzahl von Übersichten, die als PDF abrufbar waren, realisiert.
Beim Launch des neuen Angebots waren Fachkräfte aus den Ämtern und in der Bildungslandschaft explizit aufgefordert worden, das Projekt zu begleiten, mit zu evaluieren, eigene Bedarfe zu berichten und somit zur Weiterentwicklung und zukünftigen Umsetzung beizutragen.
Hieraus ergaben sich einige wertvolle Hinweise: Vor allem der Stadtjugendring äußerte die Erwartung, dass die aktuelle Variante von **my free time** (mit PDF-Dokumenten) über kurz oder lang von einer datenbankgestützten Lösung ersetzt wird. Hierzu stellt das Bildungsbüro aktuell Überlegungen an, wie

die vorhandene Datenbank non-formale Bildungsangebote und **my free time** sinnvoll miteinander verbunden werden können, ggf. unter Einbindung weiterer Informationskanäle wie Angebote zu BNE, außerschulischen Lernorten im Allgemeinen und vor allem das in Planung befindliche Infoangebot im Rahmen des Wiesbadener Jugendinformationszentrums.

Teilprojekt I-2: Leitbild „Bildung der Zukunft“

In der 2. Jahreshälfte 2020 beteiligten sich Bildungsakteur*innen aus dem ganzen Stadtgebiet an der Erarbeitung des Leitbilds „Bildung der Zukunft“. Aktiv dabei waren Schüler*innen, Lehrkräfte, Vertreter*innen der Erwachsenenbildung, Fachkräfte aus Kita, Grundschulkinderbetreuung und außerschulischer Jugendarbeit, nicht zuletzt Kolleg*innen verschiedener Ämter und Behörden (wie z. B. das Staatliche Schulamt), u. a. m.

Abbildung 2: Leitsätze des Leitbilds „Bildung der Zukunft“

Am 30. April 2021 wurde das Ergebnis in einer stadtweiten Bildungskonferenz unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters vorgestellt und von allen Beteiligten als gemeinsame Arbeitsgrundlage gewürdigt. Im Juli 2021 folgte die Zustimmung der städtischen Gremien, der Text

„Bildung der Zukunft“ ist sowohl auf der städtischen Homepage (www.wiesbaden/Bildung der Zukunft) als auch als Broschüre, jeweils auch in einfacher Sprache, erhältlich.

Neben diesem sichtbaren und „fühlbaren“ Produkt führten – so zeigen viele Rückmeldungen – der gemeinsame Erarbeitungsprozess sowie dessen Abschluss in der ersten Bildungskonferenz zu einem gewachsenen Selbstverständnis der Akteur*innen als Teil einer lokalen Bildungslandschaft, in der alle Bildungsphasen und -formen dazu beitragen, gute Bildung in der Stadt zu ermöglichen.
Hierauf wird nun aufgebaut – am 13. Mai 2022 fand nach ähnlichem Muster eine Bildungskonferenz zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung statt, weitere sind in Planung.

Bereits vor Bildung integriert..Wiesbaden kamen Fachkräfte der Schulentwicklungs-, Jugendhilfe-, Sozial- und Stadtentwicklungsplanung regelmäßig über Abstimmungsprozesse zusammen. Im Rahmen des **Teilprojekts I-3 Abstimmung und Entwicklung gemeinsamer Verfahren und Standards zwischen Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung** wurden gemeinsame Verfahren und Standards erarbeitet und in einer Kooperationsvereinbarung festgehalten. Die wesentlichen Punkte sind:

- gegenseitige Bereitstellung von relevanten Daten der Sozial-, Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung
- einheitliches methodisches Verfahren zur Schätzung der Kinderzahlen und benötigten Kita- und Schulplätze in städtischen Entwicklungsgebieten und in Bebauungsverfahren
- Einbeziehung aller beteiligten Akteur*innen und deren Expertise bei der Erstellung des Schulentwicklungsplans
- regelmäßige Planungstreffen und gemeinsames Projektmanagement, etwa bei der Standortplanung zusätzlicher Schulen

Teilprojekt I-4 sowie **Teilprojekt I-5** beschäftigten sich mit der **adressatengerechten Gestaltung von Informationen zur Inklusiven Bildung** und deren Veröffentlichung in Form einer **verstärkten Öffentlichkeitsarbeit**. Bei der Umsetzung der inklusiven Beschulung sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen, unter Beachtung der unterschiedlichen Zuständigkeiten von Kultus und Kommunalverwaltung. Zielsetzung dieses Teilprojektes war es, die mit schulischer Inklusion befassten Verwaltungseinheiten in die Lage zu versetzen, insbesondere gegenüber Eltern und Schulen Erstauskunft zu Fragen außerhalb der eigenen Zuständigkeit zu geben und Ansprechpersonen anderer Behörden zu benennen. Hierfür wurden *FAQs* aus den jeweiligen Arbeitsbezügen inkl. Antworten und Ansprechpartner*innen entwickelt, die nun – in regelmäßiger Aktualisierung – den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehen.

Um den Service adressatengerecht (für Eltern, deren Kinder mit Handicap vor dem Übergang in die Schule stehen) zu gestalten, wird der Flyer „Besondere Kinder einschulen – Ratgeber für Eltern“, der auch im Internet zu finden ist, regelmäßig aktualisiert. Er enthält auch Verlinkungen zu den Internetauftritten von Kultusministerium und Staatlichem Schulamt Rheingau-Taunus-Kreis/Wiesbaden (https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/bildung/220308_Besondere-Kinder-einschulen_neu.pdf).

Seit Anfang April 2017 sind außerdem auf www.wiesbaden.de/inklusivebildung neue Inhalte auf Basis der Ergebnisse aus Teilprojekt I-4 zugänglich.

Im Rahmen von Bi..W hat das Sozial- und Bildungsdezernat eine Vortragsreihe zu Bildungsthemen konzipiert **(TP I-6)**. Hierfür wurde die im Jahr 2009 als gemeinsame von Schul- und Sozialdezernat eingeführte **Reihe „Bildung schafft Zukunft“** mit neuem Leben gefüllt. Als breit angelegtes Format soll sie dem Wissenstransfer in Bildungsfragen dienen und den kommunalen Diskurs über Bildungsfragen anregen. Sie richtet sich gleichermaßen an Bürger*innen sowie an Fachkräfte in Bildungseinrichtungen und -verwaltung. Sie soll einen Rahmen schaffen für den Austausch zu Themenstellungen aus dem gesamten Spektrum von Bildungsfragen, sowohl entlang der verschiedenen Phasen des biographischen Bildungsverlauf als auch zu Querschnittsthemen wie Inklusive Bildung, Begabtenförderung, Lese- und Sprachförderung sowie aktuelle Ergebnisse der Bildungsforschung aufgreifen.

Den Auftakt machte im September 2018 Prof. Dr. Sabine Andresen der Goethe-Universität Frankfurt; sie referierte Ergebnisse der Kindheitsforschung – im Fokus standen Kinder und ihre Sicht auf ganztägige Angebote.

Im Juni 2022 fand die 7. Veranstaltung von Bildung schafft Zukunft statt – hier wurde – in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt – der Blick auf „Lernen in der Krise – was brauchen unsere Kinder jetzt und zukünftig?“ geworfen. Eine Übersicht über alle Veranstaltungen der Reihe von September 2018 bis Juni 2022 findet sich im Anhang.

Das **Teilprojekt Bildung und Stadtentwicklung (TP I-7)** war 2018 neu hinzugekommen mit dem Ziel, die Planung sozialer Infrastruktur in Wiesbaden zu institutionalisieren. Hierbei ist eine enge Kooperation und Abstimmung verschiedener Fachämter und Ressorts vonnöten, z. B. zwischen Schulentwicklungsplanung, der Jugendhilfeplanung, der sozialräumlichen Entwicklungsplanung, der Fachabteilung Kindertagesstätten sowie der Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Die Planungsrunden erfolgen mittlerweile regelhaft im Prozess der Planung von größeren Neubaugebieten und Stadtentwicklungsmaßnahmen. Einbezogen werden Planungen für Sport- und Bewegungsflächen sowie – in Abhängigkeit von der Größe des Baugebietes – Planungen für Jugendtreffs bzw. Flächen für Jugendliche. Im Fokus steht die Entwicklung jeweils zeitnaher, bedarfsgerechter Lösungen in Stadtteilen mit Infrastrukturbedarfen im Bereich Bildung. Außerdem wurde dieses Vorgehen mit dem Beschluss der Wiesbadener sozialgerechten Bodennutzung (kurz WiSoBon) im Juni 2018 weiter institutionalisiert. WiSoBon sieht dabei die Heranziehung der Planungsbegünstigten von neuen Baugebieten zu den Kosten der sozialen Infrastruktur vor. Die aus dem Teilprojekt entstandenen kontinuierlichen Abstimmungen zwischen den beteiligten Facheinheiten (auf „kurzen Wegen“) werden als besonders gewinnbringend erachtet.

2.1.2 Ziele und Ergebnisse der Teilprojekte aus Säule II

SÄULE II: Sicherstellung und Fortentwicklung eines kontinuierlichen, integrierten und umfassenden Bildungsmonitorings	
TP 1	Weiterentwicklung von Indikatoren zu Sozialstruktur und Bildungsteilhabe in Sekundarschulen (Sozialindex)
TP 2	Weiterentwicklung von Indikatoren im Bereich der Weiterbildung/Erwachsenenbildung
TP 3	Weiterentwicklung von Indikatoren zu Inklusion und Förderung Herkunftsbenachteiligter in der Kindertagesbetreuung
TP 4	Implementierung der Indikatoren + Aufnahme ins Bildungsmonitoring, Qualitätssicherung (Datenqualität)
TP 5	Wiesbadener Bildungsbericht „Bildungsteilhabe (herkunfts-)benachteiligter Menschen“

Die Bildungsberichterstattung hat in Wiesbaden bereits eine lange Tradition und sollte durch Bi..W vor allem weiterentwickelt und um neue Elemente ergänzt werden. Ganz im Sinne eines DKBM werden das Bildungsmonitoring und die Berichterstattung als Basis eines erfolgreichen Bildungsmanagements gesehen: Entwicklungen innerhalb der Bildungslandschaft werden kontinuierlich beobachtet und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen und -strategien abgeleitet, so etwa für Akteur*innen aus Stadtpolitik und -verwaltung.

Der Prozess erfolgte stets in enger Abstimmung mit Institutionen und Trägern, Expert*innen sowie Fachkräften aus den Bereichen und den entsprechenden Behörden (z. B. Landesministerien, städt. Integrationsamt) und nicht zuletzt dem Amt für Statistik und Stadtforschung.

Mit der Arbeit an den Teilprojekten aus Säule II ist es gelungen, das Bildungsmonitoring in der Landeshauptstadt Wiesbaden qualitativ wie auch quantitativ auszubauen.

Teilprojekt II-5: Wiesbadener Bildungsbericht

Im Jahr 2020 erschien der erste Wiesbadener Bildungsbericht „Bericht zur Bildungsteilhabe (herkunfts-)benachteiligter Menschen in Wiesbaden“. Der Wiesbadener Bildungsbericht nahm erstmals alle Bildungsphasen, von der Bildung in den ersten Lebensjahren bis hin zur Bildung im Ruhestand, in den Blick. Das lebenslange Lernen wurde in all seinen Etappen immer unter dem Aspekt betrachtet, inwieweit Menschen, die als eher benachteiligt betrachtet werden können, in adäquater Weise an Bildung teilhaben können. Dieser in der Bildungsberichterstattung vielleicht nicht selbstverständliche Fokus wurde gewählt, weil sich in der kommunalen Sozial- und Bildungsplanung immer wieder beobachten lässt, wie fehlende Bildungszertifikate, aber auch fehlende Kompetenzen, den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie die Teilhabe am sozialen und

gesellschaftlichen Leben einschränken. Das Ziel einer selbstständigen Lebensführung, des Zugangs zum Arbeitsmarkt mit einem auskömmlichen Erwerbseinkommen, Teilhabe am sozialen Leben und auch politische Partizipation setzen erfolgreiche Bildungsprozesse voraus. Deren Nichtgelingen ist nicht allein das Problem der betroffenen Menschen, sondern auch ein gesellschaftliches Problem, auch und besonders auf der Ebene der Städte und Gemeinden.

Die Erstellung des ersten Bildungsberichts fand in enger Zusammenarbeit mit den Fachplanerinnen der Abteilung Grundsatz und Planung im Amt für Soziale Arbeit statt und erstreckte sich über beide Förderperioden. Da es sich um ein völlig neues Format handelte, mussten eine Vielzahl an methodischen wie inhaltlichen Entscheidungen getroffen werden. Letztendlich wurde der Bildungsbericht wie folgt strukturiert:

- Bildungsteilhabe im Elternhaus
- Vorschulische Bildungsteilhabe
- Bildungsteilhabe im Grundschulalter
- Bildungsteilhabe in der Sekundarstufte I
- Bildungsteilhabe im Übergang Schule – Beruf
- Bildungsteilhabe in der Hochschule
- (Weiter-)Bildungsteilhabe im Erwachsenenalter
- Bildungsteilhabe im Ruhestand
- Querschnittsthemen: Sozialräumliche Aspekte, Bildung und Behinderung/Beeinträchtigung sowie Bildung und (Neu-)Zuwanderung

Die Struktur der einzelnen Kapitel wurde vereinheitlicht und umfasst die Darstellung der aktuellen Aufgaben, Herausforderungen und Probleme der jeweiligen Handlungsfelder sowie die Darstellung der Indikatoren zur Beschreibung der Teilhabe insgesamt sowie der Teilhabe der (Herkunfts-) Benachteiligten als besondere Zielgruppe. Außerdem wurden für alle Bildungsphasen kommunale Entwicklungsherausforderungen für die folgenden Jahre abgeleitet.

Neben dem im Mai 2020 veröffentlichten Bildungsbericht entstanden kompakte Zusammenfassungen jedes Kapitels und zwei Videopräsentationen, die auf der städtischen Homepage zu finden sind. Mit diesen verschiedenen Formaten richtet sich die Bildungsberichterstattung an politische Entscheidungsträger*innen, die Verwaltung, an Akteur*innen aus Bildungseinrichtungen, Verbände, Vereine und Wissenschaft sowie ganz allgemein

an alle am Thema Bildung interessierten Bürger*innen. Leider konnte die geplante Kommunikation zum Erscheinen des Berichts pandemiebedingt nur sehr eingeschränkt stattfinden.

Eine Fortschreibung des Bildungsberichts ist alle fünf Jahre geplant. Grundlage dafür sind Daten des Bildungsmonitorings, das 2021 in einem neuen digitalen Format veröffentlicht wurde. Bis dahin wurde das Bildungsmonitoring federführend durch das Amt für Statistik und Stadtforschung verantwortet und etwa alle zwei Jahre fortgeschrieben **(TP II-4)**. Seit 2020 liegt die Verantwortung nun beim Büro für Kommunale Bildungsprojekte, das eine Vielzahl an Neuerungen einführte.

In allen Bildungsbereichen sind neue Indikatoren implementiert, die in den jeweiligen Teilprojekten entwickelt wurden (u. a. **TP II-3**). Erstmals stellt das Bildungsmonitoring außerdem auch Daten aus dem Bereich der Erwachsenenbildung bereit. Grundlage dafür bildete die Arbeit im **Teilprojekt II-2 „Weiterentwicklung von Indikatoren im Bereich der Weiterbildung/Erwachsenenbildung“**. Hier wurde die bereits bestehende Datenlage geprüft mit dem Ziel, Teilhabeindikatoren zur Weiterbildung und insbesondere auch zu zertifizierten Bildungsergebnissen für die Bezugsgruppe der erwachsenen Bevölkerung zu konkretisieren. Aufgenommen wurden am Ende Kennziffern zur arbeitsbezogenen Weiterbildung, zur Nutzung des vhs-Angebotes und zur Inanspruchnahme von Integrationskursen. Auch non-formale Bildungsangebote wurden einbezogen. Eine weitere Neuerung betrifft die Bereitstellung von einrichtungsbezogenen Daten im Bereich der schulischen Bildung. Viele der schulischen Indikatoren können auf Ebene der einzelnen Grundschulen und weiterführenden Schule für den internen Gebrauch innerhalb der Stadtverwaltung eingesehen werden.

Um die definierten Zielgruppen des Bildungsmonitorings besser erreichen zu können (Stadtpolitik, Verwaltung, Bildungslandschaft sowie Bürger*innen) wurde das Format komplett überarbeitet, was sicherlich die größte Veränderung darstellt. Alle Zahlen und Grafiken können nun unter www.bildungsmonitoring-wiesbaden.de digital eingesehen und sogar heruntergeladen werden. Außerdem erscheinen mit der „Zahl des Monats“ regelmäßig neue Beiträge in einem Blog. Das neue Bildungsmonitoring wird mit durchschnittlich 220 Aufrufen im Monat gut aufgenommen und soll in Zukunft jährlich aktualisiert werden.

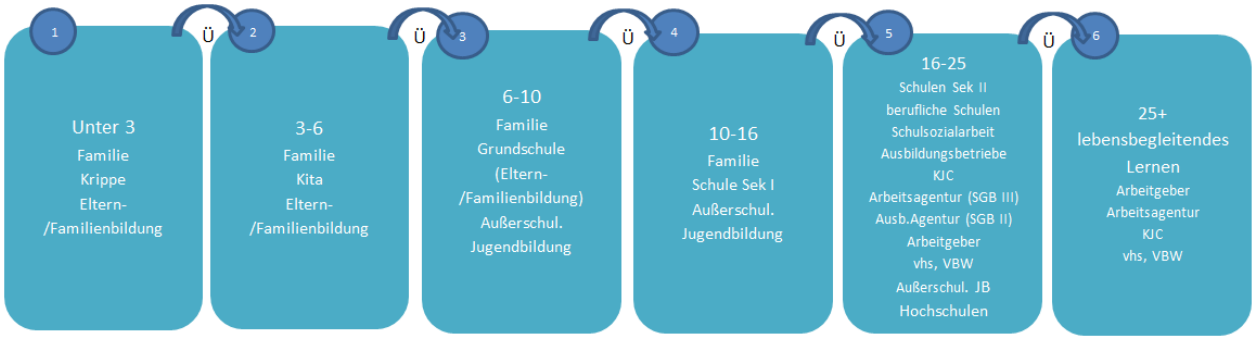
Das **Teilprojekt zur Einführung eines Sozialindex (TP II-1)** wurde aufgrund eines fehlenden Umsetzungsauftrags seitens der städtischen Gremien „auf Pause“ gestellt. Ziel des Projektes war die Erstellung eines Sozialindexes, der auf der Grundlage empirischer Daten die Verteilung kommunaler Ressourcen nach einem abgestimmten System an Wiesbadener Schulen regelt. Dadurch sollen Schulen mit einer hohen Anzahl an herkunftsbedingt benachteiligten Schüler*innen von zusätzlichen Mitteln profitieren um so ihre besonderen Herausforderungen besser bewältigen zu können. Während eine positive Beschlussfassung seitens der Stadtverordneten im Förderzeitraum nicht zustande kam, ist im Rahmen der jüngsten Fortschreibung des Schulentwicklungsplans die Einführung eines kommunalen Sozialindexes für Schulen vorgesehen und wurde zwischenzeitlich durch das Nachfolgegremium des Bi..W-Projektbüros konkretisiert. Eine entsprechende Sitzungsvorlage ist in Arbeit und wird nach Fertigstellung den städtischen Gremien zur Beratung übergeben.

2.1.3 Ziele und Ergebnisse der Teilprojekte aus Säule III

SÄULE III: Konzeptualisierung von Bildungsketten/Auseinandersetzung mit der Gestaltung von Übergängen	
TP 1	Bildung und Inklusion am Nachmittag; bedarfsgerechte Nachmittagsangebote an Grundschulen: Organisation, Kooperation, Zugänge
TP 2	Aufnahme von Koordinierungs- und Steuerungsverfahren von lebensbegleitendem Lernen, insbesondere Geringqualifizierter
TP 3	Neukonzeptionierung des Bündnisses für Alphabetisierung
TP 4	Weiterentwicklung der Angebote zur Begabtenförderung
TP 5	Erarbeitung von festen Strukturen und lokal konzipierten Übergängen im Übergang Grundschule – Sek I sowie Sek I – Gymnasium/Oberstufenschule
TP 6	Bildung – Stadtteil – Schelmengraben
TP 7	Fortentwicklung der Inklusiven Bildung durch „Inklusive Schulbündnisse“
TP 8	Wiederholung Grundschulbefragung von 2007 »Bildungsteilhabe und Bildungschancen im Übergang von der Grundschule in die Sekundarschulen«

Säule III nimmt die Übergänge in Bildungsbiographien in den Blick. Die Übergänge im Bildungssystem gelten als entscheidende Weichenstellungen für Bildungserfolg, beruflichen Einstieg und gesellschaftliche Teilhabe. Soziale Ungleichheiten werden an Bildungsübergängen besonders sichtbar und können diese sogar noch verstärken. Ziel der Kommune sollte es aus diesem Grunde sein, innerhalb einer gut verzahnten Bildungslandschaft und ihren beteiligten Akteur*innen abgestimmte Unterstützungsangebote bereitzustellen.

Abbildung 3: Altersgruppendifferenzierte Darstellung wesentlicher Bildungsorte



Insgesamt acht Teilprojekte beschäftigten sich auf verschiedene Weisen mit der Verbesserung von Bildungsübergängen in Wiesbaden, vor allem mit den Übergängen von Kita zur Grundschule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule, aber auch im Bereich der Erwachsenenbildung.

Teilprojekt III-1: Bildung und Inklusion am Nachmittag

Hervorzuheben sind die positiven Entwicklungen für den Übergang von Kita zur Grundschule, die aus der Zusammenarbeit der Akteur*innen aus Kita, Grundschule und Nachmittagsbetreuung im Teilprojekt „Bildung und Inklusion am Nachmittag“ resultierten. Im Kern ging es darum, Fachkräfte aus der Nachmittagsbetreuung verstärkt in die Prozesse des Übergangs einzubeziehen und zu vernetzen sowie gemeinsame Arbeits- und Herangehensweisen im Vor- und Nachmittag zu erarbeiten. Wesentliches Ergebnis ist die Überarbeitung der Wiesbadener Vereinbarung zum Übergang KT – Grundschule und der entsprechenden Übergangsinstrumente mit folgenden Bausteinen:

- die regelhafte Erweiterung der Netzwerke KT – GS um die Anbieter der Nachmittagsbetreuung
- Einbindung der Nachmittagsbetreuung in die regelmäßige Kommunikation im Netzwerk (Vernetzungstreffen, Elternabende, Übergabeinstrumente, …);
- Einführung ergänzender Fragen zum Betreuungsbedarf (in die vorhandenen Instrumente Kurzinfobogen und Übergabebogen)
- Außerdem wurden Beispiele guter Praxis (z. B. Flyer, Elterncafé beim Kennenlerntag, Gestaltung Elternabende) vorgestellt.

Abbildung 4: Die Wiesbadener Vereinbarung zum Übergang KT-Grundschule

Einen empirisch fundierten Überblick zu Bildungsteilhabe und -chancen von Wiesbadener Grundschüler*innen schaffte 2019 das **Teilprojekt III-8 Grundschulkinderbefragung „Bildungsteilhabe und Bildungschancen im Übergang von der Grundschule in die Sekundarschule“**. Die Befragung knüpfte an einer Studie in Wiesbaden aus dem Jahr 2007 an und wurde unter der Leitung der Kindheitsforscherin Dr. Sabine Andresen (Goethe-Universität Frankfurt) durchgeführt. Insgesamt wurden rund 400 Schüler*innen der vierten Klassen, ihre Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen zum Übergang in die weiterführende Schule sowie dem Wohlbefinden befragt. Wie bereits in der Vorgängerstudie konnte aufgezeigt werden, dass der Übergang in die weiterführende Schule für Schüler*innen aus einkommensschwächeren und bildungsferneren Familien deutlich schwieriger ist. Aufgrund von Einschränkungen in der Repräsentativität wurde von einer Publikation abgesehen, eine Ergebnispräsentation findet sich aber auf der Homepage der Stadt Wiesbaden.

Passend dazu nahm sich **Teilprojekt III-5 dem Übergang von Grundschule zur weiterführenden Schule** an. Analog der Netzwerke Kita – Grundschule sollte der Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I begleitet und koordiniert werden. Es erscheint wichtig, dass die Schulen der Sekundarstufe I den Lernstand und die Schulkultur der Grundschulen kennen und Grundschulen

wiederum das Schulprofil der weiterführenden Schulen im Umkreis. Leider ist festzuhalten, dass dieses Teilprojekt nicht zum Abschluss gebracht werden konnte bzw. in den Anfängen stecken blieb. Anders als bei Kitas und Grundschulen lassen sich bei diesem Übergang Kooperationspartnerschaften nicht eindeutig definieren, zu vielfältig die Angebotslandschaft der weiterführenden Schulen in Wiesbaden, zu kompakt die räumliche Situation und Verteilung der Schulen im Stadtgebiet. Der Versuch, das Projekt an einem ersten Pilotstandort umzusetzen, hat dies bestätigt. Einerseits wurden wenige Möglichkeiten gesehen, nachhaltig auf die Schulwahl der Familien einzuwirken. Andererseits konnten die Gespräche mit Schulleitungen vor Ort durch Ausbruch der Corona-Pandemie nicht fortgesetzt werden.

Teilprojekt III-3: Neukonzeptionierung des Bündnisses für Alphabetisierung sowie **Teilprojekt III-7: Fortentwicklung der Inklusiven Bildung durch „Inklusive Schulbündnisse“** verfolgten das Ziel der Vernetzung von Bildungsakteur*innen in unterschiedlichen Bildungsbereichen.
Das Bündnis für Alphabetisierung stellt eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung von Akteur*innen der Wiesbadener Bildungslandschaft dar, die in ihrer Arbeit mit gering literalisierten Personen zu tun haben. Im Rahmen des Teilprojekts wurde die Aufgabenstellung des Bündnisses für Alphabetisierung geschärft und die Gesprächsrunde um neue Mitglieder ergänzt. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem regionalen Grundbildungszentrum an der Volkshochschule Wiesbaden konnten neue Impulse gesetzt und gemeinsame Strategien erarbeitet werden. Das Bündnis für Alphabetisierung trifft sich auch nach Beendigung von Bi..W in regelmäßigen Abständen.
Im **Teilprojekt III-7** wiederum ging es um die Begleitung der durch das Land eingeführten „inklusiven Schulbündnisse“, um die Bildungsteilhabe von Schüler*innen mit Behinderung auf struktureller Ebene zu verbessern. In allen drei Wiesbadener Bündnissen ist die Kommune mit einem Sitz vertreten – die Projektstruktur von Bi..W wurde genutzt, um zwischen den verschiedenen tangierten Einheiten der Stadtverwaltung (Schulträgeraufgaben, Sozial- und Jugendhilfeaufgaben) einen guten Informationsfluss und Koordinierung des Abstimmungsverhaltens sicherzustellen. Weitere wichtige Akteure in den Bündnissen sind Schulaufsicht, Schulleitungen sowie das regionale Beratungs- und Förderzentrum.

Auch der dritten Säule angehörend und auf Grundlage des **Teilprojekts II-2 „Weiterentwicklung von Indikatoren im Bereich Weiterbildung und Erwachsenenbildung“** beschäftigte sich das **Projekt III-2 mit dem Aufbau von Koordinierungs- und Steuerungsverfahren des lebensbegleitenden Lernen**, insbesondere von Geringqualifizierten. Auf Basis des erstellten Werkstattberichts „Weiterbildung Geringqualifizierter“, der bereits vorhandene Zahlen und Daten rund um das Thema zusammenfasste, und gemeinsam mit Akteur*innen der Weiterbildung (IHK, Handwerkskammer, vhs, Wiesbadener

Agentur für Arbeit sowie Kommunales Jobcenter) sollte eine Strategie erarbeitet werden, um Geringqualifizierten den Zugang zu arbeitsbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen zu erleichtern. Mehrere sogenannte Weiterbildungskonferenzen fanden statt mit dem Ergebnis einer Kooperation zwischen der Agentur für Arbeit und den Kammern, um gemeinsam Weiterbildungsmöglichkeiten in Betrieben zu bewerben.
Durch den Austausch mit diversen Weiterbildungsakteur*innen wurde aber auch deutlich, dass für einen Teil der Zielgruppe keine Ansatzpunkte zur Erhöhung der Inanspruchnahme identifiziert werden kann. Damit wurde dieses Teilprojekt in ein Anschlussprojekt überführt, das den Fokus im Sinne einer präventiven Herangehensweise auf die Verbesserung der Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen aus geringqualifizierten Familien legt. In Kooperation mit dem Kommunalen Jobcenter und der Abteilung Bildung und Teilhabe wurde an Maßnahmen gearbeitet, um die Inanspruchnahme von Leistungen im Rahmen von Bildung und Teilhabe zu erhöhen. Außerdem konnte ein Beratungsangebot für Familien eingeführt werden, das durch das Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramm des Landes Hessen finanziert wurde.

Im Stadtteil Schelmengraben, einem Stadtteil mit hoher sozialer Bedarfslage, hätte eine geplante Ergänzungsbebauung zusätzliche Bedarfe an Grundschul- und Kitaplätzen ausgelöst. Das **Teilprojekt III-6: Bildung – Stadtteil – Schelmengraben** beschäftigte sich mit der Ausgestaltung eines von Grundschule und Kindertagesstätte gemeinsam genutzten Standortes im Sinne eines „Hauses der Bildung“. Die Ergänzungsbebauung wurde schlussendlich nicht realisiert, weswegen kein Bedarf an zusätzlichen Plätzen bestand und das Projekt nicht weiterverfolgt wurde.

2.2 Zielerreichung und Nachhaltigkeit

Die Arbeit von Bildung integriert..Wiesbaden hat dazu beigetragen, das Thema Bildung in Wiesbaden langfristig und in verschiedenen Bereichen auf die Agenda zu setzen.

Innerhalb der Stadtverwaltung konnten eine Vielzahl an erfolgreichen Kooperationen aufgebaut werden, die den Umgang mit bildungspolitischen Entwicklungen und Herausforderungen in der Kommune positiv prägen. So profitieren verwaltungsinterne Prozesse, die den Bereich Bildung betreffen, von der Verstetigung der aufgebauten Strukturen, beispielsweise vom regelmäßigen Informationsaustausch zwischen verschiedenen Dezernaten, Ämtern und Abteilungen.

Innerhalb der Bildungslandschaft konnte in den letzten Jahren ein gemeinsames Verständnis von Bildung etabliert werden, auch durch die vielen größeren und kleineren Projekte, die in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Bildungsakteur*innen durchgeführt wurden. Besonders deutlich wurde dies bei der gemeinsamen Erstellung des Bildungsleitbilds und der ersten Bildungskonferenz in 2021. Die Arbeit an diesen Projekten hat gezeigt, dass die Akteur*innen der Wiesbadener Bildungslandschaft „an einem Strang ziehen“.

Mit der Teilnahme am Programm konnte ein institutionenübergreifendes lokales Bildungsmanagement aufgebaut werden. Das weiterentwickelte Bildungsmonitoring, das als kommunales Steuerungsinstrument fungiert, hätte vermutlich ohne Förderung nicht im gleichen Maße ausgebaut werden können. Auch in Zukunft und ganz im Sinne der Nachhaltigkeit werden die durch Bi..W aufgebauten Strukturen und Erfahrungen dazu genutzt, das DKBM in Wiesbaden voranzubringen und zu stärken.

In struktureller Hinsicht lässt sich dies an der veränderten und gewachsenen Rolle des städtischen Bildungsbüros festmachen. Als Teil der städtischen Sozialplanung hat es direkten Zugang zu den Fachabteilungen des Amts für Soziale Arbeit (Sozialdienst, Kindertagesstätten, Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Grundschulkinderbetreuung, Betreuende Grundschulen, Eingliederungshilfe und Teilhabe, Altenarbeit) sowie zu den Abteilungen des Sozialleistungs- und Jobcenters. Zudem ist es mit vielen Einheiten der Stadtverwaltung über Ämter- und Dezernatsgrenzen hinweg in guter und beständiger Kooperation um Bildungsangebote zu verbessern, Strategien zu entwickeln und das Verwaltungshandeln im Sinne guter Bildung für alle Bürgerinnen und Bürger zu verzahnen.

Die Sichtbarkeit des Bildungsbüros in dieser Rolle ist im Laufe von Bildung integriert..Wiesbaden deutlich gestiegen, woran die Ausrichtung auf Bildung im Lebenslauf und das umfassende Bildungsverständnis großen Anteil hatte. Denn die verschiedenen Produkte und Angebote richten sich an Fachkräfte und Interessierte aller Bildungsphasen der formalen und non-formalen Bildung und durch die verschiedenen Teilprojekte von Bildung integriert.. Wiesbaden wurden (und werden) viele unterschiedliche Bildungsakteure erreicht und miteinander vernetzt.

Eine Sitzungsvorlage, die das datenbasierte städtische Bildungsmanagement beschreibt und die damit einhergehenden Aufgaben dem städtischen Bildungsbüro zuordnet, wurde im März 2022 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Dieser „Werdegang“ des Bildungsbüros zur zentralen Einheit des städtischen Bildungsmanagement wäre ohne die Förderung von Bildung integriert so nicht möglich gewesen – auch, weil im Laufe der fünf Förderjahre Bildung als kommunale Aufgabe sehr viel stärker in die öffentliche Wahrnehmung rückte.
Der Beschluss betont, dass „es eine Einheit in der Stadtverwaltung braucht, die die verschiedenen städtischen Bildungsaktivtäten bündelt und Ansprechpartnerin ist nach innen und außen“. Das Bildungsbüro ist damit für Durchführung und Weiterentwicklung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements zuständig, immer **mit dem Ziel, die Bildungsteilhabe aller Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die der (Herkunfts-)benachteiligten, zu erhöhen.** Es versteht sich als Impulsgeberin, Koordinatorin und Verbündete innerhalb der Wiesbadener Bildungslandschaft.[3]

Inhalt und Zielsetzung langstehender Kooperationen zwischen der städtischen Jugendhilfeplanung/Fachabteilungen (s.o.) einerseits und der institutionellen Akteure andererseits (z. B. AG § 78, Bildungswerke, Bundesagentur für Arbeit, Hessisches Kultusministerium, Jugendhilfeausschuss, Kommunale Arbeitsvermittlung, Schulleitungen, Staatliches Schulamt, vhs) wurden im Lichte des Vorhabens geschärft und erneuert, einige neue Kooperationen sind hinzugekommen. Neue oder modifizierte Kooperationen gab es sowohl mit außerhalb der Stadtverwaltung angesiedelten Akteuren (HessenCampus Wiesbaden, Regionales Grundbildungszentrum Wiesbaden) als auch mit Ämtern/Abteilungen der Stadtverwaltung (Amt für Statistik und Stadtforschung, Integrationsabteilung, Kulturamt, Schulverwaltungsamt, Schulentwicklungsplanung).

Prominentes Beispiel einer verbindlichen Kooperation, die aus Bi..W resultierte und auf Dauer angelegt ist, ist die Lenkungsgruppe Kultus-Kommune Bildung der Zukunft. Dabei handelt es sich um die Fortführung der Lenkungsgruppe Bi..W, eingerichtet bei Projektstart im Juli 2016 zur Steuerung der Teilprojekte. Ursprünglich gehörten dem Gremium Schuldezernent, Dezernent für Bildung/Soziales, Leiterin Staatliches Schulamt, Leiter Abteilung Sozialplanung, Schulentwicklungsplaner sowie – für das Projektbüro Bi..W – die Leiterin des Bildungsbüros an.
Bereits im April 2018 beschloss man, den Kreis um die Leitungspersonen von Schulverwaltungsamt und Amt für Soziale Arbeit zu erweitern, um so zu einem zentralen Ort des Austauschs in Sachen Bildungsmanagement zu werden. Das Gremium sollte als Plattform für Schlüsselakteure der formalen

[3] Da das Team des Bildungsbüros zu hundert Prozent aus Kolleginnen besteht, wurde bewusst die weibliche Form verwendet.

Bildung, insbesondere Schule, dienen, die über wichtige Themen und Entscheidungsbedarfe des Bildungsmanagements in der Stadt beraten. Im Zuge der Beratungen zum Leitbild Bildung der Zukunft wurden auf Wunsch des Staatlichen Schulamts weitere Schulamtsdirektor*innen sowie einige Schulleitungen (zumeist die Schulformsprecher*innen am Staatlichen Schulamt) in die Lenkungsgruppe aufgenommen.

Nach Auslaufen der Förderung bestand großes Einvernehmen darüber, die Lenkungsgruppe fortzuführen; jedoch sollten Auftrag und Zusammensetzung nochmals präzise gefasst werden. Einem vom Bildungsbüro erarbeiteten neuen Konzept wird im März 2022 zugestimmt. Das nunmehr „Lenkungsgruppe Kultus-Kommune Bildung der Zukunft“ genannte Gremium gibt sich den Auftrag, „Zukunftsthemen der kommunalen Bildungslandschaft in Bezug auf formale Bildung im Kindes- und Jugendalter zu identifizieren und zu beraten, wie diese am besten zu bearbeiten sind“. Die Lenkungsgruppe fungiert damit auch als „Dach“ für vier weitere Arbeitsgruppen, die zwecks regelhaftem Austausch zwischen Kommune und Staatlichem Schulamt bereits seit vielen Jahren etabliert sind: AG Schule-Jugendhilfe, AG Übergang Kita-Grundschule-Nachmittagsbetreuung, AG Kooperationstreffen Ganztag sowie die Inklusiven Schulbündnisse nach Hessischem Schulgesetz. Um das Gremium schlank zu halten, gehören ihm die Spitze von Staatlichem Schulamt, städtischem Schulamt, Amt für Soziale Arbeit, Jugendhilfeplanerin, Schulentwicklungsplaner und Bildungsbüro an, sowie die Schulformsprecher*innen beim Staatlichen Schulamt (Grundschulen, Gesamtschulen, Real- und Hauptschulen, Gymnasien, Förderschulen).

2.3 Veröffentlichungen während Bildung integriert..Wiesbaden

Innerhalb des Förderzeitraums von 2016 bis 2021 ist eine Reihe an Veröffentlichungen entstanden, für die das Projektbüro Bi..W federführend war. Diese umfassen Berichte, Flyer, Newsletter sowie digitale Informationsangebote.

- Eine Vielzahl an Geschäftsberichten, die in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachabteilungen des Amts für Soziale Arbeit entstanden sind. Diese wurden in der Regel jährlich aktualisiert und stellten die Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen dar. Im Rahmen von Bi..W konnten sich auch neue Geschäftsberichte etablieren, so z. B. zum Übergang Schule – Beruf, zur Ganztagsbildung und Betreuung von Grundschulkindern sowie zum elektronischen Vormerksystem im Kita-Bereich (WiKITA) (Link)
- Monitoring zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden 2016, 2018 sowie im digitalen Format 2021 (Link)
- Wiesbadener Grundschulkinderstudie 2019 (interne Veröffentlichung)
- Wiesbadener Bildungsbericht 2019 – Bildungsteilhabe (herkunfts-)benachteiligter Menschen in Wiesbaden (Link)
- Bildungsleitbild „Bildung der Zukunft“ in einfacher sowie „Alltagssprache“ (Link)
- Bildungslandkarte „my free time“ – Übersicht zu non-formalen Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche in Wiesbaden (Link)
- Datenbank zu Bildungsangeboten nicht-schulischer Akteure (nach Ende der Förderung, Link)
- Newsletter „Bildung integriert..Wiesbaden“ (Link und Link)
- Werkstattbericht „Weiterbildung Geringqualifizierter“ (interne Veröffentlichung)
- Flyer zu verschiedenen Themen, z. B. „Besondere Kinder einschulen – Ratgeber für Eltern“ (Link)
- Ergebnisbericht „Modellregion Inklusive Bildung in Wiesbaden 2013 – 2018“ (Link)
- Gemeinschaftliche Publikation der Bildung integriert-Kommunen in Hessen: „Die erste Förderphase des Projekts „Bildung integriert“ in Hessen“ (Link)

Anhang

Tabelle 2: Übersicht über Themen und Referent*innen von „Bildung schafft Zukunft“

Nr.	Datum und Ort	Thema	Referent*in
1	17.09.2018, Rathaus	„Muss das sein?“ Kinder und ihre Sicht auf ganztägige Angebote. Ergebnisse der Kindheitsforschung.	Prof. Dr. Sabine Andresen, Goethe-Universität, Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung
2	14.11.2018, Rathaus	Weiterbildung Beschäftigter und Arbeitsloser – einige ausgewählte Befunde	Dr. Christopher Osiander, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg
3	26.03.2019, Gymnasium am Mosbacher Berg	Wie wohl fühlen sich unsere Jugendlichen? Befunde und Handlungsempfehlungen für die Kommune	Jan Schröder, Leiter des Kommunalen Bildungsbüros der Stadt Herne
4	08.10.2019, Rathaus	Bildung und Digitalisierung Herausforderungen und Chancen für ältere Menschen	Prof. Dr. Walid Hafezi, Sozialwissenschaftler an der Hochschule RheinMain mit den Forschungsschwerpunkten Soziale Gerontologie und Methoden der sozialen Arbeit
5	09.03.2021, Online	Schule 4.0? – Im Spannungsfeld von Nähe und Distanz Digitalisierung als (Un-)Heilsbringer für unser Bildungssystem	moderierte Podiumsdiskussion mit Wiesbadener Schulleitungen
Nach Förderende			
6	09.12.2021, Online	Bildung von und mit Jungen – Problemlagen und Lösungsstrategien	Prof. Dr. Jürgen Budde, Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Theorie der Bildung, des Lehrens und Lernens an der Europa-Universität Flensburg
7	14.06.2022, Rathaus	Lernen in Krisenzeiten – Was brauchen unsere Kinder jetzt und künftig?	moderierte Podiumsdiskussion mit „multiprofessionellem Team“ (Schülerin, Lehrkräfte, Kinder- und Jugendpsychologe, Schulsozialarbeiter

Tabelle 3: Kooperationsvereinbarungen und verbindliche Kooperationsstrukturen im lokalen Bildungsmanagement Wiesbaden

Bereich - Vereinbarungsziel	Akteurinnen und Akteure	Vereinbarungsform	Bemer-kung
Kindertagesstätten			
Trägerübergreifende Koordination der fachlichen Entwicklung	Träger der Kitas, Abt. Kindertagesstätten, Jugendhilfeplanung - BI..W	Formelle Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII, es koordinieren sich die Träger der KTs und entwickeln und vereinbaren verbindliche trägerübergreifende Verfahrensweisen und Fachstandards	Seit 2005
Fachstandard „Bewegungsförderung“	Kindertagesstätten, Träger, Abt. Kindertagesstätten, Jugendhilfeplanung, BI..W	Formeller trägerübergreifender Fachstandard vereinbart über Beschluss AG § 78, Jugendhilfeausschuss, Leistungsvertrag mit Abt. Kindertagesstätten kontinuierliche Qualitätsentwicklung	Seit 2006
Fachstandard „Zusammenarbeit mit Eltern“	Kindertagesstätten, Träger, Abt. Kindertagesstätten, Jugendhilfeplanung, BI..W	Formeller trägerübergreifender Fachstandard vereinbart über Beschluss AG § 78, Jugendhilfeausschuss, Leistungsvertrag mit Abt. Kindertagesstätten; kontinuierliche Qualitätsentwicklung	Seit 2008
Fachstandard zur Sprachbeobachtung „Zauberkiste“	Kindertagesstätten, Träger, Abt. Kindertagesstätten, Jugendhilfeplanung, BI..W	Formeller trägerübergreifender Fachstandard zur Sprachstandserhebung vereinbart über Beschluss AG § 78, Jugendhilfeausschuss, Leistungsvertrag mit Abt. Kindertagesstätten, kontinuierliche Qualitätsentwicklung	Seit 2008

Fachstandard „Herkunftsbenachteiligte Kinder“	Kindertagesstätten, Träger, Abt. Kindertagesstätten, Jugendhilfeplanung - BI..W	Formeller trägerübergreifender Fachstandard vereinbart über Beschluss AG § 78, Jugendhilfeausschuss, Leistungsvertrag mit Abt. Kindertagesstätten; kontinuierliche Qualitätsentwicklung/ Qualitätszirkel	Seit 2015
Übergang Kindertagesstätten - Grundschule			
Regelungen zum Übergang Kita-Grundschule	Staatl. Schulamt; Grundschulen, Kindertagesstätten aller Träger, Abt. Kindertagesstätten, Jugendhilfeplanung - BI..W	Verbindliche „Wiesbadener Vereinbarung zum Übergang von der Kita in die Grundschule“; Steuerungsgruppe, Verantwortliche Person jeweils bei staatl. Schulamt und Abt. Kindertagesstätten, jährlicher Fachtag, Projektbudget bei 51	Seit 2007
„Bildungslandschaft Schelmengraben“ (BI..W-Teilprojekt)	BI..W, Abt. Grundsatz & Planung, staatl. Schulamt, Grundschule, Kitas im Stadtteil, Schulentwicklungsplanung, Kinder-Eltern-Zentrum	Projektauftrag zur verbindlichen Projektarbeit, anschließend ist eine Kooperationsvereinbarung geplant	2017
Grundschule			
Grundschule: „Inklusion und Bildung am Nachmittag“ (BI..W-Teilprojekt)	Staatliches Schulamt, Koordination Übergang Kita-Grundschule, Abt. Grundschulkinderbetreuung, Abt. Betreuende Grundschule, Sozialhilfe-Integrationsförderung, Bildungsbüro, Jugendhilfeplanung-BI..W	Projektauftrag zur verbindlichen Projektarbeit, anschließend ist eine Kooperationsvereinbarung geplant	2017
Sekundar- und Berufsschulen			
Schulsozialarbeit an Sekundar I- und Berufsschulen: Arbeitskonzept Dreistufenmodell &	Schulen, Abt. Schulsozialarbeit	Jede Schule vereinbart verbindlich mit Schulsozialarbeit die gemeinsamen Verfahrensstandards (Antrag); jährliche	1994

Kompetenzentwicklungs -programm		Konferenz der Schulleitungen, des staatl. Schulamtes mit Abt. Schulsozialarbeit, Grundsatz & Planung/BI..W & Leitung Amt für Soziale Arbeit dienen der Qualitätsentwicklung; jährliche Geschäftsberichterstattung	
Übergang Schule - Beruf: OloV-Kooperations- & Strategievereinbarung WI-RÜD	Agentur für Arbeit, Staatl. Schulamt, IHK, HWK, Abt. Schulsozialarbeit, Abt. Grundsatz & Planung Kommunale Jobcenter WI & RÜD, etc.	Kooperationsvereinbarung zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Prozesse der Berufsorientierung, Akquise von Ausbildungsplätzen sowie Beratung, Matching und Vermittlung	2017
Jugendhilfe - Schule			
Regelung des Umgangs mit Einzelfällen, Kindeswohlgefährdungen etc.	Staatl. Schulamt, Schulen, Abt. Sozialdienst, Abt. Schulsozialarbeit, Abt. Betreuende Grundschule	Verbindliche schriftliche Vereinbarung „Jugendhilfe - Schule“ der Verfahren; Jährliche Fachveranstaltung der Netzwerkpartner	Letzte Neu-fassung 2011
Berichterstattung und Bildungsmonitoring			
Berichterstattung „Tagesbetreuung für Kinder“ (u 7 Jahre): jährliche verbindliche Bedarfsanalyse, Ausbauplanung und Versorgungsbilanz für Politik, Träger & Öffentlichkeit auf der Basis der von StVV beschlossenen Versorgungsziele	Kindertagesstätten, Kindertagespflege, Abt. Kindertagesstätten, Amt für Statistik und Stadtforschung, Jugendhilfeplanung, BI..W	Bereitstellung der relevanten Daten zu Platzangebot, Nutzendenstruktur und Bedarfsermittlung, um jährlich belastbare Aussagen über Quantität und Qualität der frühkindlichen Bildung in WI steuerungsunterstützend einsetzen zu können (gem. StVV-Beschluss)	1984, fort-laufend weiter-ent-wickelt
Bildungsmonitoring: Veröffentlichung wesentlicher Indikatoren zur Bildungsteilhabe von Frühbildung bis Ende Schulbildung (2 jährlich)	Amt für Statistik & Stadtforschung, Schulentwicklungsplanung, Bildungsbüro, Sozial- & Jugendhilfeplanung, BI..W	Stadtverordnetenbeschluss im Gefolge des Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung; Projektauftrag zur Fortentwicklung im Rahmen BI..W	2005; aktualisiert 2018

Berichterstattung „Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschulkinder“, jährliche verbindliche Bedarfsanalyse, Ausbauplanung und Versorgungsbilanz für Politik, Träger & Öffentlichkeit auf der Basis des von StVV beschlossenen Versorgungsziels	Schulentwicklungsplanung, Abt. Grundschulkinderbetreuung, Abt. Betreuende Grundschule, Abt. Kindertagesstätten. Jugendhilfeplanung - BI..W	Bereitstellung der relevanten Daten zu Platzangebot, Nutzendenstruktur und Bedarfsermittlung, um jährlich belastbare Aussagen über Quantität und Qualität der Nachmittagsangebote in WI treffen und steuerungsunterstützend einsetzen zu können (gem. StVV-Beschluss)	2018
Bildungsmonitoring	Amt für Statistik und Stadtforschung, Bi..W	Schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen Amt für Statistik und Stadtforschung sowie Bildungsbüro zur jährlichen Bereitstellung der relevanten Daten für das digitale Bildungsmonitoring	2020
Sonstiges			
Grundbildung, insbesondere Netzwerkarbeit zwecks Erreichung der Zielgruppe	Regionales Grundbildungszentrum (RGZ) LHW (51.12) als Koordinator des Bündnisses für Alphabetisierung - BI..W	Schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen LHW, 51.12 (BB) und vhs als Träger des RGZ	2015
Hessencampus Wiesbaden, zur möglichst effektiven Umsetzung des Postulats des Lebenslangen Lernens. Wichtigste Themenfelder: - trägerübergreifende Bildungsberatung - Gestaltung beruflicher Übergänge Alphabetisierung & Grundbildung	HKM, StSchA, LHW,Vhs, Abendgymnasium, Abendrealschule, Hessenkolleg, berufliche Schulen	Schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen HKM und LHW in Verantwortungsgemeinschaft nach § 14 des Hessischen Weiterbildungsgesetzes	2015
Übersicht zu Bildungs- und Freizeitangeboten „myfreetime“	Stadtjugendring, Bi..W	Schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen Stadtjugendring	2020

	und Bildungsbüro zu den Aufgaben im Kontext von myfreetime